



NEWSLETTER



KAS AUSLANDSBÜRO MADRID
FÜR SPANIEN UND PORTUGAL

AUSGABE 4
28. Januar 2008

Inhalt

- **Seite 1**
 - PP plant Offensive für ältere Menschen und Pflegebedürftige
- **Seite 2**
 - Christdemokraten fordern mehr Finanzhilfen für Familien
 - Regierung leitet Verbotsverfahren gegen ANV und PCTV ein
- **Seite 3**
 - Polizei hebt mutmaßliche islamistische Terrorzelle in Barcelona aus
- **Seite 4**
 - Internationaler Kongress der Terroropfer findet ohne hohe Regierungsvertreter statt
- **Seite 5**
 - Umfrage: PP verringert Abstand zur PSOE
 - PSOE plant Ausstieg aus der Kernenergie
 - Spanische Börse erlebt größten Kurseinbruch ihrer Geschichte
- **Seite 6**
 - Illegale Einwanderung über den Luftweg nimmt zu
- **Seite 7**
 - Portugiesen haben Angst vor dem Rentenalter

Newsletter aus Madrid

>> PP plant Offensive für ältere Menschen und Pflegebedürftige



Die spanische Volkspartei möchte das Potential älterer Menschen für die Gesellschaft besser nutzen. Dies erklärte die ehemalige Gesundheitsministerin und Sozialexpertin der PP, Ana Pastor, auf einer von der Konrad-Adenauer-Stiftung und der PP-nahen FAES-Stiftung organisierten familienpolitischen Tagung zum Thema: „Die Älteren in der Gesellschaft von morgen“ (Foto). Über Konzepte einer zukunftsfähigen und nachhaltigen Familien- und Seniorenpolitik dachten dabei gemeinsam mit Ana Pastor die Bundesministerin a.D. für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, Prof. Dr. Ursula Lehr, der Vorsitzende der Europäischen Seniorenunion (ESU), Staatssekretär a.D. Dr. Bernhard Worms, der sozialpolitische Sprecher der PP-Fraktion, Miguel Barrachina, sowie Dr. Joachim Wilbers von ProjectCare aus Frankfurt a.M. nach.



Ana Pastor (Foto), die im Falle eines PP-Siegs die erste Familienministerin Spaniens werden soll, stellte detailliert das Konzept ihrer Partei vor, wie sie dem sozialen und demografischen Wandel in Spanien begegnen möchte. So müssten Familien generell finanziell entlastet werden, um Anreize für Familienbildung zu schaffen. Darüber hinaus müsse das Rentenproblem angegangen werden, denn die demografische Entwicklung werde in den kommenden Jahrzehnten zu einem „Rentendesaster“ führen. Deshalb

müsse, so wie dies in Deutschland geschehen sei, die Lebensarbeitszeit progressiv erhöht werden.

Ana Pastor griff die Regierung in der Senioren- und Pflegepolitik scharf an. Sie habe Senioren und Pflegebedürftige vernachlässigt. Das 2006 verabschiedete Pflegegesetz bezeichnete sie als zwar grundsätzlich richtig, aber völlig unzureichend. Die PSOE-Regierung habe großzügige Investitionen in die Pflege versprochen, die Realität sei jedoch eine andere. Im Jahr 2007 habe die Regierung gerade einmal 220 Millionen Euro für die Pflege ausgegeben. Dieser Betrag sei „lachhaft“ angesichts der Tatsache, dass alleine die PP-regierte Autonome Region Madrid im selben Jahr 700 Millionen für die Pflege ausgegeben habe und in Spanien bis zu 3,5 Millionen Menschen aus Altersgründen oder wegen Behinderungen auf Pflege oder Betreuung angewiesen seien.

So forderte Pastor, die das neue Ministerium als „Querschnittsressort“ beschrieb, zum einen eine aktive Einbindung der Frauen in den Arbeitsmarkt. Noch immer seien Frauen zu wenig in den Arbeitsprozess integriert. Aufgabe des neuen Familienministeriums sei es daher, die Vereinbarkeit zwischen Beruf und Familie zu regeln. Zudem werde die Volkspartei das Pflegegesetz novellieren, um die Pflegebetreuung für Bedürftige und chronisch Kranke zu stärken. Sowohl finanziell als auch qualitativ müsse das Gesetz ausgebaut werden. Es fehlten weiterhin qualifizierte Pflegekräfte in Spanien. Daher werde die Regierung auch ein Programm starten, um Beruf des Altenpflegers durch bessere Fortbildung und höhere Gehälter attraktiver zu machen. Darüber hinaus müssten Angehörige von Pflegebedürftigen besser ausgestattet werden. Viele ehrenamtliche Angehörige seien bereits über 60 Jahre alt und erhielten weder finanzielle Unterstützung noch Steuererleichterungen für ihre Tätigkeiten. Diese sollen künftig in hö-

NEWSLETTER

AUS MADRID

AUSGABE 4 |

28. JANUAR 2008

www.kas.de/Spainen

herem Maße unterstützt werden, u.a. durch flexiblere Arbeitszeiten, die Familienangehörige in die Lage versetzen, auch ihren Pflegeaufgaben nachzukommen. Auch Weiterbildungsangebote für ehrenamtliche Pflegerinnen und Pfleger seien vonnöten, betonte Pastor. Sie beklagte zudem das Defizit im Bereich des alters- und behindertengerechten Wohnens. Das Konzept der PP beinhalte ebenso eine finanzielle Förderung dieses Bereichs. Ana Pastor forderte zudem, älteren Menschen in immer höherem Maße den Zugang auch zum Arbeitsmarkt und zu unternehmerischen Tätigkeiten zu ermöglichen. Es sei Aufgabe der Regierung, zu gewährleisten, dass alte und pflegebedürftige Menschen nicht diskriminiert und an den Rand der Gesellschaft geschoben würden, sondern unter der Voraussetzung gleicher Chancen und Voraussetzungen an dieser teilhaben könnten. Zusätzliche Anstrengungen wolle das neue Ministerium auch im Bereich der Forschung und Wissenschaft unternehmen. So sollen spezielle Fachbereiche für Gerontologie an Universitäten eingerichtet werden, um Forschungen im Bereich der Demenzkrankheiten, Krebs und neurovegetative Krankheiten zu betreiben.

Als Grundlage ihres Konzepts forderte Pastor, klare gesetzliche Regelungen zu schaffen, die für ganz Spanien gültig seien. Es könne nicht sein, dass Leistungen für alte Menschen in manchen Gegenden deutlich ausgeprägter seien als in anderen. Damit kritisierte Pastor insbesondere die Territorialpolitik der Zapatero-Regierung, die in der vergangenen Legislaturperiode zu viele Kompetenzen an Autonome Regionen abgetreten hätte, wodurch starke Asymmetrien in den verschiedenen Regionen aufgetreten seien.

>> Christdemokraten fordern mehr Finanzhilfen für Familien

Der Vorsitzende der katalanischen Christdemokraten UDC und Vorsitzender der CiU-Fraktion im spanischen Parlament, Josep



Antoni Duran i Lleida (Foto), will den Geburtenrückgang in Spanien mit zusätzlichen finanziellen Anreizen für Familien entgegenzutreten. Demnach soll eine Familie pro Kind bis zum Alter von drei Jahren 1.000 Euro pro Jahr erhalten. Zwischen dem vier-

ten und dem 18. Lebensjahr forderte Duran i Lleida eine Unterstützung von 600 Euro pro Jahr und Kind.

Der UDC-Politiker warnte, der demografische Rückgang der Bevölkerung sei eine der „schwersten Bedrohungen“ für Katalonien und Spanien. Das durch den Geburtenrückgang entstandene Defizit dürfe dabei nicht alleine in die Hände von Einwanderern gelegt und müsse durch eine aktive Geburtenförderungspolitik der Regierung bekämpft werden, so der Christdemokrat. Er befürchtet, dass eine Einwanderungszahl von ca. 15 bis 20 Millionen Migranten bis ins Jahr 2025 nötig wäre, um das demografische Defizit Spaniens zu kompensieren. Allerdings stünde das Land dann seiner Meinung nach vor einem kaum zu lösenden Integrationsproblem.

>> Regierung leitet Verbotverfahren gegen ANV und PCTV ein

Nach monatelangen zermürenden Diskussionen ist es endlich soweit. Die spanische Regierung leitet – pünktlich zum Wahlkampfauftritt - ein Verbotverfahren gegen die linksextremen Parteien Baskische Nationalistische Aktion (ANV) und Kommunistische Partei der Baskischen Länder (PCTV) ein. Nach der Kabinettsitzung am Freitag erklärte die stellvertretende Regierungschefin María Teresa Fernández de la Vega, die Regierung verfüge über Beweise, die eine direkte Verbindung zwischen den beiden Parteien ANV und PCTV sowie der Terrororganisation ETA „klar und nachdrücklich“ belegten. Jetzt, so de la Vega weiter, müsse verhindert werden, dass die beiden Parteien bei den spanischen Parlamentswahlen antreten.

Die Partei ANV hatte über Jahrzehnte nur formell existiert und keine Kandidaten aufgestellt. Erst im Vorfeld der baskischen Kommunalwahlen im vergangenen Mai war ANV plötzlich wieder belebt worden und hatte in allen Wahlkreisen Kandidatenlisten aufgestellt. Die Hälfte dieser Listen war daraufhin jedoch auf Antrag der Staatsanwaltschaft verboten worden. Die Gerichte hatten es als erwiesen angesehen, dass die darauf vertretenen Kandidaten direkte Verbindungen mit der ETA oder der ihr nahe stehenden verbotenen Batasuna-Partei unterhiel-

NEWSLETTER

AUS MADRID

AUSGABE 4 |

28. JANUAR 2008

www.kas.de/Spainen

ten. Teilweise hatten ANV-Kandidaten vor dem Batasuna-Verbot bereits auf Batasuna-Listen gestanden. Ein von der PP gefordertes Totalverbot der ANV hatte die Regierung damals jedoch unter Hinweis auf mangelnde Beweise abgelehnt. Die ANV konnte daraufhin bei den Wahlen am 27. Mai in 126 baskische Gemeinderäte einziehen und rund zwei Dutzend Bürgermeisterposten erringen.

Offenbar glaubt die PSOE, jetzt über genügend Beweise für ein Parteienverbot zu verfügen. Generalstaatsanwalt Cándido Conde-



Pumpido (Foto) erklärte, der Hauptinhalt der Anklage gegen ANV und PCTV werde auf „regelmäßige Zusammenarbeit mit einer Organisation, die in

systematischer Art und Weise den Terror unterstützt“ lauten. Aus diesem Grund ersucht die Generalstaatsanwaltschaft den Ermittlungsrichter Baltazar Garzón, die Aktivitäten der beiden Parteien per einstweiliger Verfügung zu unterbinden. Garzón hatte bereits am Dienstag neue belastende Geheimdokumente der Polizei erhalten und daraufhin die Prüfung der Möglichkeit eines Parteienverbots eingeleitet.

Kritik am Vorgehen der Regierung gegen ANV und PCTV kam vor allem von PP-Spitzenkandidat Mariano Rajoy. Zwar unterstützte er ein Verbotsverfahren nachdrücklich, so Rajoy, dieser Schritt komme seiner Meinung nach jedoch „extrem spät“. Statt einfach das Gesetz zu befolgen, wie es die Regierung für sich reklamiert, spiele sie mit den Gesetzen. Die notwendigen Beweise für ein Verbotsverfahren hätten schon viel früher als jetzt vorgelegen.

Diese Kritik wies Zapateros Stellvertreterin



de la Vega (Foto) zurück. Die Beweise lägen „erst jetzt vor, und nicht vorher“, erklärte sie mit

Blick auf die Vorwürfe der PP. Auch Innenminister Alfredo Pérez Rubalcaba bekräftigte, ein Verbotsantrag sei zu einem früheren Zeitpunkt nicht möglich gewesen.

Einen letzten Aufschrei in der spanischen Gesellschaft hatte die ANV vergangene Woche durch eine Demonstration ausgelöst. In Pamplona, der Hauptstadt von Navarra, das die ETA als Teil des Baskenlandes betrachtet, hatte die ANV-Bürgermeisterin des baskischen Ortes Hernani, Marian Beitialarran-

goitia, die Demonstranten zu einem Spontanapplaus für die vor kurzem festgenommenen Bombenleger des ETA-Anschlags auf den Madrider Flughafen am 30. Dezember 2006 aufgerufen.

Nichts desto trotz sieht sich die ANV selbst als Opfer. In einer Erklärung der Partei wird die Regierung angeklagt, durch ihre Maßnahmen eine „politische Bewegung“, die auf einem „festen demokratischen Boden“ gegründet sei, zu Fall bringen zu wollen.

>> Polizei hebt mutmaßliche islamistische Terrorzelle in Barcelona aus

Vergangenes Wochenende ist dem spanischen Geheimdienst CNI und der Guardia Civil ein weiterer Schlag gegen den islamistischen Terrorismus gelungen. In Barce-



lona hoben die Sicherheitskräfte eine Zelle mit 14 Terrorverdächtigen aus. Wie Innenminister Alfredo

Pérez Rubalcaba (PSOE) bekannt gab, seien bei der Verhaftung von zwölf Pakistanis und zwei Indern Ausrüstungsgegenstände für den Bau von Bomben gefunden worden, so u.a. Zeitzünder und Sprengstoff. Allerdings fand die Polizei nur 30 Gramm eines zelluloiden Rohstoffs, der zur Sprengstoffherstellung genutzt werden kann. Als zentraler Koordinierungspunkt der Zelle wird eine sich in der Innenstadt von Barcelona befindliche Moschee vermutet. Die Indizien deuten laut der katalanischen Tageszeitung „La Vanguardia“ darauf hin, dass Selbstmordattentate geplant waren. Anderen Presseberichten zu Folge seien Anschläge auf das U-Bahn-Netz der katalanischen Hauptstadt geplant gewesen.

Nach der Polizeiaktion gegen die Islamisten wurden die spanischen Sicherheitskräfte erneut in Alarmbereitschaft versetzt. Innenminister Rubalcaba erklärte, Spanien sei nach wie vor ein Ziel der Al Kaida und des islamistischen Terrorismus. Die Bedrohungslage sei akut und davor dürfe man nicht die Augen verschließen. Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero würdigte die Zusammenarbeit von Geheimdienst und Polizei bei der Aufdeckung und Zerschlagung der Zelle. Er lobte auch die internationale Zusammenarbeit, vor allem mit französischen und portugiesischen Sicherheitskräften, die die entscheidenden Hinweise für

NEWSLETTER

AUS MADRID

AUSGABE 4 |

28. JANUAR 2008

www.kas.de/Spainen

die Existenz und Pläne der Terrorzelle geliefert hätten. Der Vorsitzende der katalanischen Christdemokraten (UDC), Josep Antoni Duran i Lleida, warnte trotz der Terrorgefahr und des Erfolges der Sicherheitskräfte jedoch eindringlich vor unnötiger Panikmache.

Nach Ansicht von José María Irujo, Journalist der Tageszeitung „El País“ und anerkannter Terrorismus-Experte, werden die größtenteils pakistanisch stämmigen Mitglieder der spanischen Terrorzellen meist in Afghanistan trainiert. Anschließend lebten sie dann als „Schläfer“ jahrelang in Spanien, ehe sie für die Planung und Ausführung von Terrorakten „aktiviert“ würden. Diejenigen, die nach Anschlägen nicht gefasst würden, so Irujo, würden sehr bald untertauchen und sich womöglich wieder nach Afghanistan oder Pakistan absetzen.

Vor allem Barcelona gilt als eines der Zentren, in denen Koordinierungszellen der Al Kaida in Spanien vermutet werden. Seit 2003 wurden dort mehr als 70 Terrorverdächtige mit islamistischem Hintergrund verhaftet. Der katalanische Innenminister, Joan Saura (ICV), gibt zu, dass es markante Risiken durch den islamistischen Terror für Spanien und Katalonien gibt, bestreitet aber die Existenz eines eng verzweigten „Dschihadisten-Nests“ in der Autonomen Region.

Auch die pakistanische Gemeinschaft in Spanien, von denen 70 Prozent in Katalonien leben, bestreitet, dass die verhafteten Verdächtigen Terrorangehörige seien. Sie seien zwar äußerst strenggläubige Muslime, aber keine Dschihadisten, so Mohammed Iqbal, Direktor einer Moschee in Barcelona. Gleichzeitig warnte Iqbal davor, die in Spanien lebenden Pakistanis unter Generalverdacht zu stellen.

Insgesamt wird der rasche Zugriff durch die spanischen Sicherheitsbehörden als Erfolg gegen den Terrorismus gewertet. Gleichzeitig hegen jedoch Terrorexperten Zweifel daran, dass die Verhaftungen einen wahren Schlag gegen den Terrorismus darstellen. Zum einen ist die „Ausbeute“ an Sprengstoff gering, zum anderen mussten Verdächtige wieder auf freien Fuß gesetzt werden und wichtige Verdächtige konnten entkommen. Jedenfalls sind die französischen Sicherheitskräfte über den „Schnellschuss“ der Spanier verärgert. Daher wird vermutet,

dass hinter dem Schlag gegen den Terrorismus auch der Wahlkampf in Spanien steckt.

>> Internationaler Kongress der Terroropfer findet ohne hohe Regierungsvertreter statt

Am vergangenen Dienstag und Mittwoch fand in Madrid der IV. Internationale Kongress der Terroropfer statt. Auffällig war dabei das Fehlen der ersten Reihe der spanischen Regierung, deren Beziehungen zu den regierungskritischen Opferverbänden als frostig gelten. Lediglich die Staatssekretärin für Iberoamerikanische Angelegenheiten, Trinidad Jiménez, und der Staatssekretär für Sicherheit, Antonio Camacho, nahmen stellvertretend an dem Kongress teil.



Anders stellte sich das Bild bei der oppositionellen Volkspartei dar. Hier gab sich die Prominenz geradezu die Klinke in die Hand. Teilnehmer waren der Spitzenkandidat der PP, Mariano Rajoy (Foto), der ehemalige Ministerpräsident José María Aznar, der Madrider Bürgermeister Alberto Ruíz-Gallardón und die Madrider Regionalpräsidentin Esperanza Aguirre. Internationaler Stargast war die nach sechsjähriger Geiselschaft erst vor wenigen Wochen freigelassene kolumbianische Politikerin Clara Rojas. Als Schirmherren des Kongresses fungierte das Kronprinzenpaar Felipe und Letizia.

Die PP ließ es sich nicht nehmen, auf der Veranstaltung die Antiterrorpolitik der Zapatero-Regierung scharf zu kritisieren. Nach Ansicht von José María Aznar fehle es der Regierung Zapatero an „Anstand“, sich den Angehörigen der Terroropfer zu stellen. Die Abwesenheit des Regierungschefs sei ein Indiz für dessen „unermessliche Arroganz“. Mariano Rajoy versprach, im Falle eines Sieges seiner Partei bei den Wahlen am 9. März, die harte Antiterrorpolitik der Aznar-Regierung wieder zu beleben. Jedes Verhandeln mit Terroristen, so Rajoy, führe automatisch zur Legitimierung des Terrors.

Die regierungsnahen Tageszeitung „El País“ wertet diese Angriffe gegen die Regierung als Wahlkampfpolemik gegen den ETA-Kurs der Regierung, um Stimmen für die bevorstehende Parlamentswahlen am 9. März zu gewinnen. Die PP habe den Antiterrorkongress so für Wahlkampfpurposes missbraucht.

NEWSLETTER

AUS MADRID

AUSGABE 4 |

28. JANUAR 2008

www.kas.de/Spainen

Ministerpräsident Zapatero selbst lehnte unterdessen jegliche Stellungnahme zu seiner Abwesenheit auf der Veranstaltung ab.

Die Polarisierung zwischen Regierung und Opposition beim Thema ETA-Terrorismus lässt es als wahrscheinlich erscheinen, dass



dieses Thema eines der zentralen Wahlkampfthemen sein wird. Die PP hofft, durch den Vorwurf an die Zapatero-

Regierung, die Terroropfer durch ihre nachlässige Haltung der ETA gegenüber verurteilt zu haben, Stimmen zu gewinnen. Die Regierung ihrerseits wirft den Konservativen vor, das Thema Terrorismus zu Wahlkampfzwecken zu missbrauchen. Es ist zu erwarten, dass diese gegenseitigen Vorwürfe in den nächsten Wochen weiter an Schärfe gewinnen werden.

>> Umfrage: PP verringert Abstand zur PSOE

Bei allen erbitterten politischen Diskussionen in Spanien sind sich die Experten in einem Punkt einig: Das Ergebnis der anstehenden Parlamentswahlen wird äußerst knapp. Die Umfrageinstitute bestätigen diese Einschätzungen mit ihren Daten. Eine neue Erhebung des Meinungsforschungsinstitutes Noxa im Auftrag der katalanischen Tageszeitung „La Vanguardia“ sieht die op-



positionelle PP gegenüber der regierenden PSOE im Aufwind.

Die Konservativen kratzen demnach in der Sonntagsfrage mit 39,8 Prozent vernehmlich an der 40-Prozent-Marke. Zwar liegt die PP damit noch 2,5 Prozent hinter der PSOE, die auf 42,3 Prozent kommt, sie kann den Abstand jedoch im Vergleich zum Vormonat um 0,3 Prozentpunkte verringern. Im Juli 2007 hatte Noxa der PSOE noch einen Vorsprung von sechs Prozent bescheinigt.

Nichts desto trotz zeigte sich mit 55 Prozent die Mehrheit der Befragten überzeugt, die PSOE werde die Wahl am 9. März gewinnen. Lediglich weniger als jeder vierte glaubt an einen Sieg der PP. In der persönlichen Popularität der beiden Spitzenkandidaten können sowohl Amtsinhaber José Luis Rodríguez Zapatero als auch sein Herausforderer Mariano Rajoy ihren Wert verbessern. Auf einer Skala von 1 (unbeliebt) bis 10 (sehr beliebt) kommt der Regierungschef auf 5,6 Punkte (+0,3), während der Opposi-

tionsführer einen Wert von 4,7 erreicht (+0,4). Den direkten Vergleich beider Kandidaten entscheidet Zapatero mit 53 zu 37 Prozent weiterhin deutlich für sich.

>> PSOE plant Ausstieg aus der Kernenergie

Die regierende PSOE plant offenbar einen totalen Ausstieg Spaniens aus der Atomenergie. Nach Angaben der Tageszeitung „El País“ will sie alle Atomkraftwerke abschalten, sobald diese ihre genehmigte Maximallaufzeit erreicht haben. Diese Maßnahme soll laut El País auch ins PSOE-Wahlprogramm Eingang finden.

Von der Abschaltung betroffen wären nach aktuellem Stand insgesamt acht Atomkraftwerke. Das erste AKW (Zorita, südlich von Madrid) hätte demnach theoretisch bereits im Jahr 2006 abgeschaltet werden müssen. Als weiteres würde 2009 Garoña (in der Nähe von Burgos) folgen. Das letzte Kraftwerk auf der Liste wäre im Jahr 2028 das AKW in Trillo, nördlich von Madrid. Damit will die PSOE die maximale Laufzeit von 40 Jahren pro AKW nicht verlängern. Spanien bezieht seine Stromversorgung derzeit zu 19,97 Prozent aus Kernenergie, das ist der drittgrößte Anteil der Gesamtenergieversorgung nach Kohle und kombinierten Ressourcen.

Die PSOE plant zudem die Einführung einer Öko-Steuer. Damit will sie auch einen Schritt in Richtung Reduzierung von CO²-Emissionen unternehmen sowie ein größeres Umweltbewusstsein schaffen. Besonderen Wert legen die Sozialisten auf die Förderung von alternativen und erneuerbaren Energiequellen. Im Gegensatz zur PSOE fordert die oppositionelle PP, am derzeitigen Energiemix festhalten und bekennt sich im Grundsatz auch zur Nutzung der Kernenergie.

>> Spanische Börse erlebt größten Kurseinbruch ihrer Geschichte

Die durch die US-Immobilienkrise ausgelösten Panikverkäufe und Kurseinbrüche an den internationalen Aktienmärkten in der vergangenen Woche haben auch den spani-



schen Aktienindex Ibex-35 schwer getroffen. Allein am Montag stürzte der Ibex-35 um 7,54

NEWSLETTER

AUS MADRID

AUSGABE 4 |

28. JANUAR 2008

www.kas.de/Spainen

Prozent ab und erlebte damit den größten Kurseinbruch innerhalb eines Tages seit seinem Bestehen. Nachdem sich die Werte am Dienstag wieder leicht erholt hatten, stürzten sie am Mittwoch nochmals um 4,56 Prozent auf bis zu 12.254,6 Punkte, dem niedrigsten Stand seit fast zwei Jahren.

Wirtschafts- und Finanzminister Pedro Solbes (PSOE) warnte in einer ersten Reaktion vor einer „Übertreibung“ der Kurseinbrüche. Die Regierung werde, so Solbes, die Entwicklung genau beobachten und gegebenenfalls Maßnahmen ergreifen.

Zum Wochenende stabilisierte sich die Situation an den Aktienmärkten in der Tat wieder und der Ibex-35 stieg erneut deutlich über die symbolische 13.000-Punkte-Marke. Die Angst vor einer von den USA ausgelösten weltweiten Rezession geht jedoch auch in Spanien um. Die wirtschaftliche Stimmung im Land hat sich in den letzten Monaten durch die stark gestiegene Inflation und Arbeitslosigkeit verschlechtert. Ganz sensibel ist vor allem der Immobilienmarkt. Hier zeichnet sich schon seit einigen Monaten eine Krise ab, die nun durch die Kurseinbrüche, von denen vor allem Banken betroffen sind, erst recht entstehen könnte. Trotz der Erholung der Märkte in der zweiten Wochenhälfte war der Kursrutsch vom vergangenen „Black Monday“ und vom „Black Wednesday“ ein Warnsignal auf die Sensibilität der spanischen Finanzmärkte, die sich auch auf die gesamtwirtschaftliche Situation Spaniens auswirken kann.

Indes gab das Nationale Statistikamt INE die offiziellen Arbeitslosenzahlen für das Jahr 2007 bekannt. Demnach stieg die Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Vorjahr um 0,3 Prozent, der höchste Anstieg seit drei Jahren. Insgesamt suchten Ende 2007 rund 1,93 Millionen eine Arbeit, 117,000 mehr als im Jahr 2006. Damit stieg die Arbeitslosenrate auf 8,6 Prozent. Als Grund für die abschwächende Wirtschaft werden die US-Immobilienkrise und die Krise auf dem Bausektor angegeben. Rund 61,500 Arbeitsplätze gingen im Bausektor verloren.



Die Regierung, die negative Auswirkungen auf den Wahlausgang am 9. März befürchtet, reagierte beschwichtigend auf die neuen Zahlen. Arbeitsminister Jesús Caldera (Foto) sprach zwar von einem „Rückschlag“ für die spani-

sche Wirtschaft, betonte aber zugleich, dass die allgemeine Wirtschaftskraft des Landes „solide“ sei. Die neuesten Zahlen, so Caldera, seien konjunkturell bedingt und trübten nicht die „außergewöhnlich gute Entwicklung“ auf dem Arbeitsmarkt seit dem Amtsantritt von Ministerpräsident Zapatero vor vier Jahren.

Die oppositionelle PP, die die Entwicklung der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes unter Zapatero zum Wahlkampfthema erheben will, warf der Regierung hingegen vor, nicht rechtzeitig eingegriffen zu haben. Spanien, so die PP, stehe kurz vor einer Wirtschaftskrise mit einer Inflationsrate von über 4 Prozent, die höchste seit 13 Jahren.

>> Illegale Einwanderung über den Luftweg nimmt zu



Unter der Überschrift „Das Holzboot Barajas“ berichtete die liberale Zeitung „El Mundo“ über den explosionsartigen

Anstieg einer neuen Form der illegalen Immigration: dem Einschweben über den Luftweg. Eines der beliebtesten Eingangstore sei zu diesem Zweck der Madrider Flughafen Barajas. Im Jahr 2007 seien alleine über diesen Flughafen 17.408 Menschen illegal nach Spanien eingewandert. Diese Zahl habe sich in den letzten zwei Jahren verdoppelt. Mittlerweile reisen damit fast so viele illegale Immigranten allein über den Flughafen Madrid-Barajas nach Spanien ein, wie mittels kleiner Holzboote („pateras“) über den Wasserweg von Nordafrika nach Spanien kamen. Die Zahl der Bootsflüchtlinge betrug 2007 insgesamt 18.057.

Die illegalen Einwanderer im Flugzeug kommen dabei mehrheitlich nicht wie die Bootsflüchtlinge aus afrikanischen Ländern wie Senegal, Mali, Nigeria oder Marokko, sondern größtenteils aus Lateinamerika, vor allem aus Kolumbien, Venezuela, Honduras oder Nicaragua.

Migranten nehmen demnach Mehrstationenflüge in Kauf, um ihre Spuren zu verwischen. Es werden dabei Ziele bevorzugt, bei denen keine Visa oder andere Sonderpapiere notwendig sind. Eine laut El Mundo gerne benutzte Route führt aus der kolumbianischen Hauptstadt Bogotá über Madrid nach Tel Aviv und von dort wieder zurück nach Madrid. Der Trick dieser umständlichen Ein-

NEWSLETTER

AUS MADRID

AUSGABE 4 |

28. JANUAR 2008

www.kas.de/Spainen

Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
 Auslandsbüro Madrid
 V.i.S.d.P: Michael Däumer
 Redaktion: Michael Däumer/
 Sebastian Grundberger/ Oliver
 Krumme
 Plaza de Castilla, 3, 16-D 2
 28046 Madrid, Spanien
 Tel: (+34) 91 579 61 86
 Fax: (+34) 91 571 86 12
 Email: info@fka-madrid.org
 Web: www.kas.de/Spainen

reise ist simpel: Da Israel im Gegensatz zu Spanien für Kolumbianer kein Visum verlangt und der Ankömmling bei der Einreise lediglich einen gewissen Geldbetrag vorweisen muss, kommen die Migranten problemlos an Flüge von Bogotá nach Tel Aviv mit Zwischenstopp in Madrid. Bei der Einreise nach Israel wird den Migranten der Aufenthalt dann aufgrund fehlenden Geldes verweigert, so dass sie wieder nach Madrid, ihrem eigentlichen Ziel, zurückgeschickt werden, wo sie Asyl beantragen.



Gerne fliegen illegale lateinamerikanische Immigranten laut El Mundo auch über Amsterdam-Schiphol nach Madrid. Grund hierfür ist, dass die niederländischen Einwanderungsbehörden deutlich weniger streng kontrollieren als die spanischen. Einmal im Schengen-Raum angekommen, haben die Immigranten keine Schwierigkeiten mehr, nach Madrid weiterzufliegen, den Flughafen dort zu verlassen und in Spanien „unterzutauchen“.

Aber auch Afrikaner nutzen den Luftweg zur illegalen Migration. Grund, so El Mundo, seien die Preise. Für einen Transfer mit einer „patera“ werde bis zu zehnmal so viel Geld verlangt wie für einen Flug. Direktflüge aus dem senegalesischen Dakar nach Madrid und zurück seien bereits für ab 500 Euro zu haben, während für eine „patera“ bis zu 5.000 Euro zu bezahlen seien. Auch die aus Senegal zur Spurenverwischung gerne benutzte Route von Dakar über Havanna nach Madrid ist noch deutlich billiger als die gefährliche Bootsreise.

Immer mehr illegal nach Spanien einfliegende Menschen kommen auch aus Asien, besonders aus China. Die Zahl der illegalen chinesischen Einwanderer auf dem Flughafen Madrid-Barajas hat sich El Mundo zufolge in den letzten zwei Jahren verfünffacht. Dem Blatt zufolge fliegen diese Migranten meist über Buenos Aires oder Rio de Janeiro nach Spanien ein. Illegale Immigranten vernichteten häufig ihre Ausweisdokumente während des Fluges, um eine Rückführung zu vermeiden. Entweder kämen sie dann ganz ohne Ausweis an und verweigerten jede Auskunft über ihre Herkunft oder sie verfügten über einen gefälschten Ausweis. Besonders die Chinesen seien beim Fälschen von Pässen enorm professionell.

In diesem Zusammenhang berichtet El Mundo von kuriosen Vorfällen. So sei in Madrid etwa ein Einwanderer mit costaricanischem Pass aufgegriffen worden, der kein Wort Spanisch sprach. Ein anderer Einwanderer, der sich als Informatiker ausgab, habe bei einem Test durch das Flughafensicherheitspersonal nicht gewusst, wie man einen Computer einschaltet. Zudem seien des Öfteren Pässe aus bizarr klingenden Ländern wie der „Republik des Königreichs Spanien“ oder gefälschte Diplomatenpässe nicht-existenter Institutionen, wie dem „Parlament für Friedensangelegenheiten“ aufgetaucht. Ebenfalls nicht selten seien falsche Touristen, die nach Madrid einreisten, um etwa „den Eiffelturm zu sehen“.

>> Portugiesen haben Angst vor dem Rentenalter

Die portugiesische Tageszeitung „Público“ berichtete letzte Woche von einer Studie der Versicherungsgesellschaft AXA, wonach sich die Portugiesen im europäischen Vergleich besonders vor der Rente fürchten. Demzufolge werde das Wort „Rente“ häufig mit Attributen wie „Tod, Altern, Krankheit und finanziellen Schwierigkeiten verbunden“.

In Portugal sind Renten zwischen 200 und 300 Euro keine Seltenheit. Trotz der vergleichsweise geringen Lebenshaltungskosten ist damit ein eigenständiges Leben nicht möglich. Portugal ist das Land mit der geringsten Rentenhöhe in der westlichen EU. Daran würde auch die von der sozialistischen Regierung angestrebte Rentenerhöhung um zwei Prozentpunkte nichts ändern. Aus diesem Grund sehen die oppositionellen Konservativen von der PSD genauso wie Teile der regierenden Sozialisten das Vorhaben als „lächerlich“ an.

Die Zeitung Público sieht in den geringen Renten den Hauptgrund für die Angst vor dem Rentenalter: „Die sensationelle Ungerechtigkeit, verbunden mit Ignoranz, erklärt die Tatsache, dass in Rente zu gehen als Alptraum angesehen wird. Vor diesem Szenario erscheint der Vorstoß der Regierung, mittelfristig das Rentenalter von 65 auf 68 heraufzusetzen, ironischerweise als eine geradezu fantastische Lösung, auch wenn sie illusorisch ist“.